Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis: Wöchentlich 350 M., monatlich 1500 M., vorauszahlbar, frei Haus. Für Abholer 1400 M. Auch durch die Post zu beziehen.
Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Hamburger Echo

Einzelpreis 55 M.

Anzeigen die 18-gespaltene Petitzeile 2600 M., unter Ausschluß des „Geschäftlichen Rundschau“. Arbeitsmarkt und private Familienanzeigen 60 M. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 900 M., von 10 bis 15 Zeilen 1200 M. Reklamezeile 9000 M. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annonc.-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 6. Sonntag, den 7. Januar 1923. 37. Jahrgang.

Eine drohende Parteigefahr.

Von Max Quarck.

Eine alarmierende Mitteilung, die in Parteikreisen anscheinend noch gar nicht gebührend beachtet wurde, brachte die Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, „Die Neue Zeit“, in einem ihrer letzten Dezemberhefte. Sie sei deshalb wörtlich hierher gesetzt:

„Mit Aufwendung aller Mittel haben wir bisher die „Neue Zeit“ als Wochenschrift zu erhalten gesucht. Unsere Hoffnung, der Leserkreis werde sich vergrößern, hat sich nicht erfüllt. Die Fortführung der „Neuen Zeit“ als Wochenschrift ist daher unmöglich geworden. Wohlhabendere Freunde fehlen uns. So bleibt uns nichts übrig, als den Versuch zu machen, durch Uebergang zur Halbmonatsschrift die Schar unserer Leser beisammen zu halten. Der Umfang der Zeitschrift soll zwei Bogen stark werden. Sollte dieser Versuch sich als undurchführbar erweisen, dann wird die „Neue Zeit“ dem gegenwärtigen Zeitungssterben mit zum Opfer fallen.“

Diese Ankündigung bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als das Aufgeben des einzigen großen Eigenunternehmens, das unsere Partei auf literarischem und wissenschaftlichem Gebiete aufzuweisen hat. Das soll geschehen nach beinahe fünfzigjährigem Bestehen der Partei und nach beinahe vierzigjährigem Bestehen des Unternehmens selber. Von irgendeinem Ersatz ist keine Rede. Die „Neue Zeit“ und damit die einzige Wochenschrift der Partei soll für immer verschwinden, wenn sie sich nicht wenigstens selbst trägt — so ist das Ganze wohl zu verstehen.

Schon vom reinen Gefühlsstandpunkt aus, der freilich bei der Entscheidung solcher Fragen nicht den Ausschlag geben kann, wenn er auch nicht ganz vernachlässigt werden darf, wirkt jene Aussicht sehr schmerzlich. Die „Neue Zeit“, im Oktober 1882 von Bebel, Dietz, Liebknecht und Kautsky begründet, war seit 1883 der stete Begleiter und Berater unserer inneren und äußeren Kämpfe. Sie entstand aus tastenden Versuchen, eine solche periodische Veröffentlichung mit vertieftem Inhalt zu schaffen. Das „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, das 1879 in Zürich zu erscheinen begann, und das Kautsky unter dem Decknamen Dr. Ludwig Richter herausgab, sowie die „Staatswirtschaftlichen Abhandlungen“, die Schippel von Anfang 1880 ab in Leipzig herausbrachte, waren die versuchsweisen Vorläufer. Dann gelang es mit der verständnisvollen Hilfe und Opferbereitschaft, namentlich des Genossen Dietz, in Stuttgart die „Neue Zeit“ als Monatsschrift zu beginnen, sie dort vor dem Sozialistengesetz sicherzustellen und die wissenschaftlich arbeitenden Köpfe der Partei zur Mitarbeit an ihr zu vereinigen. Gewinn eingetragen hat die „Neue Zeit“ der Partei niemals, auch dann nicht, als sie nach dem Fall des Sozialistengesetzes zur Wochenschrift ausgebaut wurde. Im Gegenteil, der Verleger Dietz und die Partei haben ihr mannigfache Opfer gebracht. Kautsky hat das erste Stück Geschichte der Zeitschrift in dem Vorwort geschrieben, das im Jahre 1905 dem ersten Generalregister der „Neuen Zeit“ vorangeschickt wurde. Offizielles Parteiorgan wurde sie vom 1. April 1901 ab. Von da ab ist ihre Haltung gelegentlich auf Parteitagen diskutiert worden, aber die Existenzfrage für sie wurde niemals aufgeworfen. Das erschien damals ganz undenkbar. Dabei hat es keinem Redakteur der „Neuen Zeit“ an Widerspruch gefehlt. Der erste und langjährigste, Karl Kautsky, hatte längere Zeit Rosa Luxemburg von links und Eduard Bernstein von rechts als Gegner in parteitaktischen Fragen (Generalstreik, Revisionismus und ähnliches). Als der jüngere und beweglichere Genosse Wurm an die Stelle des Herausgebers getreten war, vermißten viele in der Partei die gründliche Vertiefung. Seitdem Genosse Cunow das Ruder der Zeitschrift führt, behaupten manche in der Partei, unsere Wochenschrift sei zu gründlich langweilig und zu wenig politisch aktuell geworden. Wer Cunows Bemühungen sachlich verfolgt hat, wird gerade die letztere Kritik als die ungerechteste empfinden. Aber diese Abwandlungen in der Haltung unserer literarischen Kreise zur „Neuen Zeit“ sollen und können hier nicht diskutiert werden. Sie sind selbstverständliche Abspiegelungen der verschiedenen Individualitäten und Persönlichkeiten der Herausgeber im Urteile ihrer kritischen Rivalen. Dieses Urteil wurde um so schärfer, je mehr Intellektuelle in der Partei an solcher Stelle den strebenden Parteigenossen etwas zu sagen hatten. Dieses Bedürfnis aber, Meinungen und Tatsachen gründlicher belegen zu können, als in der Tagespresse und der Versammlung, ist durchaus vorhanden, durchaus berechtigt und von größtem Nutzen für das geistige Leben der Partei. Dabei war immer wichtig, daß zwar nicht die Massen der deutschen Sozialdemokratie selbst, aber doch die in verantwortlicher Stellung befindlichen Arbeiter und überhaupt die Oberschicht der geistig strebenden Proletarier die treuesten und eifrigsten Leser und Nutznießer unserer Wochenschrift wurden. Diese Mittelschicht mäkelte kaum an literarischen Feinheiten und Einzelheiten, sondern nahm die geistige Nahrung, welche die „Neue Zeit“ bot, als Anregung und notwendiges Brot für ihre ständige Fortbildung. Und das rechtfertigte auch reichlich alle Zuschüsse, die gebracht werden mußten. Denn nichts ist wichtiger für eine große Partei, als in den zur Mitführung gelangenden eigentlichen Arbeiterschichten das Interesse an jener geistigen Fortbildung zu erhalten, die über die Lektüre der Tagespresse hinausgeht. Und wenn darin heute etwa unter der Nachwirkung des Krieges und der deutschen Wirtschaftszerrüttung jene Arbeiterschichten mehr versagen, als früher, so müßte dieses nur ein Anreiz zu erhöhten Anstrengungen sein, sie für das vertiefte Interesse an sozialistisch ernster und richtunggebender Lektüre wiederzugewinnen, und zwar mit verbesserten Mitteln, statt die Arbeit auf diesem Gebiete ganz zu unterlassen. Die sozialistische Partei, die das letztere tut, gerät in die Gefahr, eine ihrer notwendigsten Stützen, und damit sich selbst aufzugeben. Deshalb sprechen nicht bloß etwa Pietät und Gefühl für die Erhaltung der „Neuen Zeit“, sondern auch organisatorische und politische Gründe.

Die besonderen Notverhältnisse des deutschen Buchhandels und der deutschen Presse machen augenblicklich die Erhaltung außerordentlich schwierig, das ist der eingangs angeführten Mitteilung ohne weiteres zuzugeben. Aber eine wissenschaftliche Revue ist anderseits für deutsche Sozialisten etwas, dessen Wichtigkeit weit über den Augenblick hinausreicht. Deshalb war es auch eine durch die Umstände kaum gerechtfertigte Hoffnung, daß sich der Leserkreis der „Neuen Zeit“ gerade in den schwierigen Verhältnissen vergrößern werde, die wir jetzt durchmachen müssen. Das ist ja gerade das Uebel, gegen das wir bei unserem jetzigen Nachwuchs zu kämpfen haben, daß er für die Vertiefung seiner politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kenntnisse, ja sogar für ihre Vermehrung gemeiniglich, von glänzenden Ausnahmen abgesehen, so wenig tut. Ist darum eine periodische Parteischrift zur Erweckung des fehlenden Lerneifers nicht doppelt nötig? Wohlhabende Freunde fehlen uns, sagt der Verlag. Das ist eigentlich für die deutsche Bewegung, die zugleich Führerin der sozialistischen Weltbewegung ist, eine sehr betrübende Feststellung. Allerdings hat unsere Partei niemals von einzelnen Gönnern gelebt. Diesen Unsinn behaupten nur unsere Gegner. Ihre „Wohlhabenheit“, wenn man so sprechen will, lag immer lediglich in der Masse und Treue ihrer Anhänger und Freunde. Für die Fortführung der „Neuen Zeit“ kann nur diese Art von Wohlhabenheit in Betracht kommen. Sie aber sollte uns soweit abhanden gekommen sein, daß die deutsche Sozialdemokratie ihr einziges literarisch-wissenschaftliches Unternehmen nicht mehr stützen könnte? Denn es handelt sich um das Stützen. Keine Hochschule, keine Schule überhaupt, keine wissenschaftliche Unternehmung für Industrie und Technik, kein künstlerisches Werk kann ohne solche Stützung bestehen. Das ist eine alte, längst gemachte Erfahrung. Wer also die Betätigung des deutschen Sozialismus auch auf volkstümlich-wissenschaftlichem Arbeitsgebiete bejaht, der muß immer zugleich auch für die finanzielle Stützung dieser Bestrebung bedacht sein. Und wenn es sich dabei heute, angesichts der deutschen Geldentwertung und Teuerung, um Millionen von Papiermark handelt, so stehen doch auf der andern Seite Millionen von Gewerkschaftern und Parteimitgliedern, die ganz sicher noch tragfähig für die Bestreitung einer solchen Kulturausgabe sind, wenn ihnen die Selbstverständlichkeit derselben nur richtig nahegebracht wird. Dafür ist aber noch wenig geschehen. Die Mitteilung des Verlags geht lediglich von privatgeschäftlichen Ueberlegungen aus, wenn sie die drohende Gefahr an die Wand malt, daß die „Neue Zeit“ dem gegenwärtigen Zeitungssterben mit zum Opfer fallen werde. Die Angelegenheit ist wichtig genug, daß sich Parteivorstand und Parteiausschuß, sowie die Spitzenverbände der Gewerkschaften mit ihr beschäftigen und sich öffentlich dazu äußern, ehe ihr Ausgang etwa zu einer internationalen Blamage für die deutsche Partei wird. Vielleicht ist die geschäftliche Zuspitzung der Dinge gerade Anlaß dazu, daß die Frage allgemein einmal auch vom nicht-geschäftlichen Standpunkt aus, als ideelle und materielle Pflicht der größten Parteiorganisation der Welt beleuchtet und behandelt wird.

Einst hatten wir den Glauben, daß wir mit dem Sozialismus Berge versetzen könnten. Inzwischen haben wir dazu gelernt, daß zum Berge-Versetzen eine umfassende und tiefgründige wissenschaftliche und technische Ausbildung gehört, die wir uns noch verschaffen müssen. Auch Marx und Engels wußten schon, daß der Sozialismus zu seiner Durchführung neuer, besser gerüsteter Menschen bedarf. Um sie bilden zu helfen, ist eben auch eine Stelle nötig, von der aus öffentlich sozialistische Politik und Wirtschaft in wissenschaftlichen Zusammenhängen mit der Druckschrift gelehrt werden. Und ob diese Aufgabe in Deutschland von der Sozialdemokrate lediglich der Geschäftskonjunktur überantwortet werden soll, darum handelt es sich bei den obigen Anregungen. Mögen sie sachkundig ergänzt, korrigiert und zum geistigen Besten der Partei weiter und zu Ende geführt werden!

*

Wir sind grundsätzlich mit der Haltung des Quarckschen Artikels einverstanden. Die Tatsache ist beschämend. Wir möchten es aber nicht nur auf geistige Indolenz zurückführen, da ja andere Zeitschriften, wie die „Glocke“, die neuerdings erst wieder eifrig gelesen werden, sondern auch zum Teil auf ihre gegenwärtige Führung. Cunow ist gewiß ein bedeutender Gelehrter, aber es bleibt die Frage, ob er als Herausgeber immer eine geschickte Hand hat und ob nicht dem Empfinden, die Zeitschrift sei politisch zu unaktuell, wissenschaftlich zu schwerfällig, ein wahrer Kern zugrunde liegt. Wir sind nicht dafür, daß Cunow die Leitung entrissen wird, sondern die Leitung müßte in einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Art und Weise ergänzt werden.

Aufruf zum Internationalen Einigungskongreß in Hamburg.

SPD. Köln, 6. Januar 1923. (Drahtbericht.)

In der Sonnabendsitzung des Organisationskomitees der 2. Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft erfolgte die endgültige Formulierung des Aufrufs zum internationalen Einigungskongreß in Hamburg, der folgenden Wortlaut hat:

An die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder!

Die sozialistische Internationale ist durch den Krieg zerstört worden. An ihre Stelle sind einerseits isolierte sozialistische Parteien, anderseits Gruppierungen von Parteien getreten, die nur Teile des gesamten Proletariats repräsentieren.

Dieser Zustand der organischen Zerrissenheit hat die schwersten Folgen; er beeinträchtigt die Kampffähigkeit des Proletariats und er vertieft die Gegensätze in den Anschauungen über die Kampfbedingungen und Kampfmöglichkeiten der nächsten Zukunft.

Bei der gegenwärtigen weltpolitischen Lage bedeutet dieser Zustand der Zerrissenheit für die Arbeiterklasse eine Gefahr, die ans Leben greift. Unter dem unwiderstehlichen Zwang der Ereignisse tritt daher immer stärker der Wille der Arbeiter hervor, alle klassenbewußten proletarischen Parteien durch gemeinsame Auffassungen und gemeinsame Aktionen zu verbinden. Damit ist jedoch klar, daß das Ziel einer proletarischen Arbeiterinternationale, die gleichzeitig das Ideal der Allumfassenheit und das der programmatischen Einheit verwirklicht, nicht mit einem Schlage erreichbar ist, sondern nur das Ergebnis langer und unermüdlicher Arbeit sein kann.

Während der letzten Jahre des Weltkrieges und der ersten Jahre nach dem Waffenstillstand sind in den Reihen der Sozialisten tiefgehende Gegensätze selbst über die Methode der Aktionen, als auch über die Aussichten der revolutionären Entwicklung des proletarischen Emanzipationskampfes in Erscheinung getreten.

Heute aber befinden wir uns in einer völlig anderen Phase der Entwicklung. Sowohl auf politischem, wie auf ökonomischem Gebiete verstärkt die Reaktion von Tag zu Tag ihre Angriffe. Die allgemeine Offensive der Bourgeoisie findet ihren ausgeprägten Ausdruck in dem blutigen Horthyregiment in Ungarn, in dem siegreichen Faszismus in Italien und im Hakenkreuzlertum in Deutschland. Aber in dieser Situation ist es die Aufgabe des Proletariats, alle seine Kräfte zu konzentrieren, um sich den reaktionären Umtrieben der Bourgeoisie in gewaltiger und kräftiger Abwehr offen entgegenzustellen. Stehen die vergangenen Jahre im Zeichen der Differenzierung, so stehen sie heute im Zeichen der Sammlung der Arbeiterklasse. Am anschaulichsten haben sich diese beiden Phasen in dem Schicksal der sozialistischen Parteien Deutschlands gezeigt, aber nahezu in allen Ländern ist der Wiederzusammenschluß der Hauptparteien erfolgt oder mindestens sehr nahegerückt. Nur jene Parteien und Parteigruppen, die sich Kommunisten nennen, arbeiten bewußt dem Einigungsprozeß des Proletariats entgegen, wollen die Meinungsgegensätze nicht einen helfen, sondern sind zu jeder Sprengung kampffähiger Massenorganisationen bereit, wenn auch nur die kleinsten Vorteile für eine kommunistische Fraktion oder für die Moskauer Regierungspolitik erreichbar erscheint.

In diesem Geiste haben die Moskauer Führer im entscheidenden Augenblick den Versuch der Einberufung eines Arbeiterweltkongresses durch die Exekutive von London, Moskau und Wien zum Scheitern gebracht. Die Schwierigkeiten für eine Verständigung mit der Moskauer Exekutive durch die terroristischen Verfolgungen russischer Sozialisten sind immer größer geworden. Es ist müssig, heute darüber Prophezeiungen zu versuchen, ob die Vereinigung des Gesamtproletariats auf einem einzigen Kongreß möglich sein wird, wenn die Kommunisten sich von dieser verkehrten Taktik gegenüber den sozialistischen Parteien nicht abwenden, oder wenn die kommunistischen Gruppen, wie das in manchen Ländern heute schon der Fall ist, tatsächlich absterben. Auf jeden Fall ist die Möglichkeit, einen Arbeiterweltkongreß in Gemeinschaft mit der Moskauer Exekutive einzuberufen, auf lange Zeit hinaus geschwunden.

Nach den Erfahrungen beim Scheitern der Berliner Konferenz im Mai 1922 steht kein anderer Weg offen, um den notwendigen Zahlen der Kampffähigkeit nahe zu kommen, als die Einberufung eines Internationalen Kongresses der sozialistischen Arbeiterparteien.

Dieser Situation entsprechend, haben die internationalen Exekutiven von London und Wien das unterzeichnete Komitee mit dem Auftrag eingesetzt, die Vorarbeiten für einen internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß zu treffen, der in Hamburg im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57, am Hauptbahnhof, am 21. Mai 1923, 10 Uhr vormittags beginnen und voraussichtlich 6 Tage dauern wird. Das Komitee hat sich in eingehenden Beratungen in Köln am 5. und 6. Januar mit der Organisation dieses Kongresses beschäftigt und schlägt folgende provisorische Tagesordnung vor:

1. Der imperialistische Friede und die Aufgaben der Arbeiterklasse;
2. Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion;
3. Die Aktion der sozialistischen Arbeiterparteien für den Achtstundentag und internationale soziale Reformen;
4. Die Organisation des internationalen Proletariats.

Das Komitee wird Ende März seine Vorschläge zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und die Anträge von den Parteien veröffentlichen, die bis zum 10. März 1923 bei Tom Shaw, 25 Victoriastreet, London SW, oder bei Friedrich Adler, Wien V, Rechte Wienzeile 97, eingelaufen sind.

An die gleiche Adresse ist bis zum 10. März die ungefähre Zahl der Delegierten mitzuteilen. Als Richtschnur hat das Organisationskomitee angenommen, daß auf 30 000 Parteimitglieder 1 Delegierter entsandt werden kann und die Höchstzahl der Vertretenen jedenfalls auf 50 beschränkt wird.

Der Neuaufbau der Internationale kann nicht das Werk eines Komitees oder einer einzelnen Gruppe sein. Er muß hervorgehen aus dem Anpassungsprozeß der sozialistischen Parteien aneinander. Dieser Anpassungsprozeß, der aus dem geistigen Ringen um Uebereinstimmung der Auffassungen erwartet werden muß, bedarf der Zeit. Die internationale Organisation der Arbeiterklasse kann daher in den Momenten ihres Entstehens nicht das Ergebnis der prinzipiellen Uebereinstimmung aller in ihr vertretenen Parteien sein. Sie ist aber eine der wichtigsten Voraussetzungen, um einer solchen Uebereinstimmung näherzukommen. Indem die proletarischen Parteien ihre Erfahrungen austauschen, indem sie sich bemühen, durch tatkräftige, gewissenhafte Arbeit ihre Uebereinstimmung über die Ziele und Methoden der internationalen Arbeiterbewegung unermüdlich in die Praxis umzusetzen, werden sie in immer weiterem Umfang die notwendige Basis für gemeinsame Aktionen des Proletariats schaffen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, kann es nicht die Aufgabe der Einberufung des internationalen Kongresses sein, die Arbeiten der künftigen internationalen Organisation vorweg zu nehmen, sondern sie muß sich darauf beschränken, jene Gesichtspunkte zu kennzeichnen, die praktisch den Kreis von Parteien abstecken, die sich zu einer Zusammenarbeit, die positive Ergebnisse verspricht, vereinigen können. Das unterzeichnete Komitee lädt daher zu dem Hamburger Kongreß alle sozialistischen Arbeiterparteien ein, die 1. in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel, und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse erkennen; 2. in der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die durch den Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) repräsentiert wird, ein unumgängliches Erfordernis zur erfolgreichen Führung des Klassenkampfes anerkennen; 3. die Revision des Haager Weltfriedenskongresses (1922) über „Ausführung der Aufgaben der Arbeiterklasse im Kampfe für den Frieden“ als gegenwärtige Basis für den Kampf gegen die Kriegsgefahr betrachten und die Notwendigkeit anerkennen, zu einer vollständigen Klarstellung über das Verhalten der proletarischen Parteien während eines Krieges zu gelangen; 4. internationale Organisation nicht nur als Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso als ein Instrument während eines Krieges anzuerkennen; 5. nach der Gründung einer sozialistischen Internationale keiner außerhalb dieser sozialistischen bestehenden politischen internationalen Vereinigung anzugehören und die Beschlüsse dieser sozialistischen Internationale als bindend für sich anzuerkennen.

Alle Parteien, die gewillt sind, an der harten und unermüdlichen Arbeit mitzuwirken, die nötig ist, um das Proletariat zu gemeinsamen internationalen Aktionen vorzubereiten, hoffen wir auf dem Hamburger Kongreß vertreten zu sehen.

Das Zehner-Komitee der sozialistischen Exekutive zu London und Wien.

gez.: Abramowitsch, Friedrich Adler, Bracke, Crispien, Tom Shaw, Stauning, Vandervelde, Wallhead, Wels.

Der Zusammentritt des Reichstags.

SPD. Berlin, 6. Januar. (Drahtbericht.)

Der Reichstag wird nicht, wie nach Abbruch der Pariser Konferenz beabsichtigt war, am 10., sondern erst am 16. Januar nachmittags zusammentreten. Voraussichtlich wird sich das Plenum an diesem Tage mit den neuen Finanzkrediten aus Anlaß der Besoldungserhöhung für Dezember und mit dem Gesetzentwurf über Aenderung der Tarife und Schiedsgerichte usw. befassen. Mit der auswärtigen Lage soll sich der Auswärtige Ausschuß am Mittwoch beschäftigen und einen Bericht des Reichskanzlers entgegennehmen, welcher der Presse zur Verfügung gestellt werden soll. Im Plenum soll die außenpolitische Debatte erst am 17. Januar beginnen.

Die „Zeit“ hält es anläßlich der Situation und in Anbetracht der Tatsache, daß von einer Kundgebung des Reichstages nach allen bisherigen Erfahrungen kein ungetrübter, durchaus einmütiger Eindruck zu erwarten ist, für angebracht, einen Vertrauensbeschluß des Auswärtigen Ausschusses für die Regierung Cuno zu empfehlen. Soweit uns bekannt, ist hierüber bis jetzt nicht verhandelt worden. Im übrigen aber waren derartige Methoden auch bisher noch nicht üblich.

Staatssekretär Bergmann ist am Sonnabend um 6 Uhr in Berlin eingetroffen. Er wurde um 8 Uhr zur Berichterstattung über seine Eindrücke in Paris empfangen. Das Reichskabinett wird auf Grund der von Bergmann überbrachten Informationen am Montag zusammentreten und zur außenpolitischen Lage Stellung nehmen.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

WTB. Paris, 6. Januar. Die Reparationskommission hat beschlossen, die Vertreter der deutschen Regierung am Montag nachmittag über die Kohlenlieferung Deutschlands im Jahre 1922 anzuhören.

Für unsere Frauen

In dieser werdenden Welt, in der noch Dunkel und Dumpfheit das Herrschende ist, Licht zu erzeugen — in uns und dadurch in der Welt — ist unser einziger Daseinszweck.

Prellwitz.

Ein Auslandsurteil über die Frau im neuen Deutschland.

Von Anna Blos, Stuttgart.

Es ist immer gut, wenn man ab und zu ein Urteil über sich selbst hört, das unbeeinflußt ist von günstigem oder feindlichem Vorurteil. Es kommen da zweierlei Ansichten zu Tage, über die man sich selbst im unklaren war, und Punkte, die man am liebsten verschleiern möchte, weil sie empfindliche Stellen treffen, werden ans Tageslicht gezogen. Es ist sogar die Möglichkeit gegeben, dann bessernd einzugreifen, was ja bei einer Vogelstraußpolitik immer ausgeschlossen ist. Voraussetzung ist natürlich, daß das abgegebene Urteil wirklich objektiv ist.

Ein solches Urteil scheint die Engländerin Mariel Harris gefällt zu haben. Sie veröffentlicht ihre Beobachtungen in Deutschland in mehreren Artikeln im „Manchester Guardian“ und kommt dabei auch auf die deutschen Frauen zu sprechen. Als diese im November 1918 das Wahlrecht erhielten, zum größten Teil ohne Kampf, zum Teil sogar wider ihr besseres Wissen und Wollen, glaubten sie wohl, vor den Frauen der übrigen europäischen Staaten eine sehr bevorzugte Stellung einzunehmen, ja wohl bewundert zu werden. Wie wenig dies der Fall ist, zeigt das Urteil der Mariel Harris. Sie weist darauf hin, daß England nur zwei weibliche Parlamentsmitglieder hat, Deutschland 36 weibliche Reichstagsabgeordnete, daß diese aber fast ohne Einfluß geblieben sind auf die politische Entwicklung der deutschen Frauen. Den Stand dieser politischen Entwicklung vergleicht Mariel Harris mit dem der englischen Frauen vor 30 Jahren, die heute einen weitgehenden Einfluß ausüben. In Deutschland sähen es die Eltern ebenso ungern wie die Ehemänner, wenn die Töchter oder Gattinnen sich für Politik interessieren oder gar in Versammlungen gehen. Die Frau, die keine andern Interessen hätte als die häuslichen in der Familie, gelte immer noch als Ideal. Naturgemäß entwickle sich daraus für die politisch tätige oder interessierte Frau eine Oppositionsstellung, die zuweilen extrem wirke. Eine Sache, die ein normaler Teil des Lebens sein solle, sähe sich von vielen Seiten dauernder Mißbilligung ausgesetzt, und um sich durchzusetzen, kämen die Frauen dann leicht zur Uebertreibung. Dinge, die in England als selbstverständlich angesehen würden, vor allem das Recht auf die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit, könnten in Deutschland nur mit Kampf durchgesetzt werden und führten zur Entfremdung in der Familie, statt ein neues festes Band zu bilden. Die Durchschnittsfrau in Deutschland hätte keine oder nur eine geringe politisch selbständige Meinung. Sie ließe sich, wie in so vielen andern Dingen, von dem Mann am Gängelband führen. Ja, der Drang danach, sich ein eigenes Urteil zu bilden, wäre gering. Auch fehle es der deutschen Frau an der Möglichkeit, vielleicht auch am Mut, ein solch abweichendes Urteil gegenüber der abweichenden Meinung des Mannes zu vertreten. Mit Recht meint die Engländerin, daß wohl viele deutsche Frauen nicht einmal den Wunsch hätten, sich politisch zu bilden. Sie wüßten sehr wohl die Preise für alle Lebensmittel, interessierten sich auch für den Stand des Dollars. Die eigentlichen Ursachen unserer wirtschaftlichen Lage aber wären ihnen fremd. Die Folge ist natürlich, daß sie beständig jammern, aber nicht daran dächten, daß es auch ihre Pflicht wäre, an der Besserung mitzuarbeiten.

In England wie in Deutschland hätten die Frauen außerordentliche Leistungen während des Krieges vollbracht. Sie hätten Männerarbeit verrichtet und sich oft wirtschaftlich selbständig und unabhängig gemacht. Während aber in England die Wertschätzung der Frau, die während des Krieges so sehr betont wurde in beiden Ländern, jetzt sich nicht vermindert hätte, wäre die deutsche Frau trotz politischer Gleichberechtigung genau in der gleichen Lage wie früher. Sie müßten eher mehr Hausarbeit verrichten als früher, infolge der erschwerten Wirtschaftsführung. Zu einer fortschrittlichen Neuerung im Haushalt können sie sich aber nicht verschließen. So werden sie ganz absorbiert von der Sorge um das tägliche Brot, und in der Gleichgültigkeit gegen alles, was sie und ihre Familie nicht selbst betrifft, werden die Frauen zu den ärgsten Feinden der Frauenbewegung als solcher. Sie geben zu, daß ihre Lage traurig ist, aber sie begreifen nicht, daß sie selbst helfen müssen, wenn es anders und besser werden soll. Das „eigene Leben“, das sie gern durchführen möchten, ohne sich durchsetzen zu können, gehöre in England zu den Dingen, die man als selbstverständlich ansehe.

Während die Engländerin bei der heutigen deutschen Generation trotz Revolution und Demokratie so wenig Fortschritt findet, hat sie aber erfreulicherweise beobachtet, daß die Jugend sich anders einzustellen beginnt. Hier findet sie Zeichen wirklicher Verständigung zwischen den Geschlechtern. Hier setzt die Reaktion ein gegen Anschauungen und Zustände, die Knaben und Mädchen zusammenführt im Kampf gegen die Eltern, die heute noch vieles als unumstößlich ansehen, was von Zeit und Geschichte längst überholt ist.

In diesem gemeinschaftlichen Kampf, meint Mariel Harris, liegt die Lösung aller Fragen, die mit der Zukunft des deutschen Feminismus zusammenhängen. Die Frauen allein werden sie nicht lösen. Aber als Mutter und Erzieherin ist die Frau ein so entscheidender Faktor bei der Entwicklung unserer Jugend, daß sie begreifen muß, wie sehr sie sich selbst und ihrem ganzen Geschlecht schadet, wenn sie sich allem, was Fortschritt heißt, entgegenstemmt.

Auch die Beobachtungen der Mariel Harris bestätigen unsere schon oft betonte Ansicht, daß nicht die die wahre Mutter ist, die in der Sorge um den Körper des Kindes die Pflege seiner Seele vernachlässigt. Aber auch, daß nicht die Frau das Ideal ist, die nur im engen Kreis der Familie sich absperrt und sich mit aller Gewalt gegen den Fortschritt stemmt. Das Ideal ist die Frau, die in voller Verantwortung gegen die kommenden Geschlechter sich bewußt ist, daß sie ebenso wie der Mann verpflichtet ist, an den Geschicken des Volkes und Staates mitzuwirken als vorwärtstreibender Faktor. Dies ist die Lehre der neuen Zeit für die deutsche Frau.

Frauenversammlungen

in der kommenden Woche (siehe auch Parteianzeigen):

Werbeliche Distriktsausschüsse

am Freitag, 12. Januar, 7½ Uhr, im Jugendheim, Gr. Theaterstraße 44, II. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul Neumann. 2. Berichte und Aussprache.

Frauen-Mitgliederversammlungen

am Dienstag, 9. Januar, 7½ Uhr:

St. Pauli-Nord bei Jens, Neuer Kamp 17.
Eimsbüttel im Zeichensaal Telemannstraße 10.
Eppendorf-Winterhude bei Meyer, Erikastraße 76.
Barmbeck bei Keller, Am Markt.
Rotenburgsort bei Brocke, Vierländerstraße.
Veddel bei Winter, am Veddeler Marktplatz.

Horn (Frauen-Bezirksabend) bei Feddersen, Hornerlandstraße 33b, „Letzter Heller“. Vortrag der Genossin Stockjohann. Genossinnen, bringt eure Handarbeiten mit! Die Genossen sind freundlichst eingeladen.

St. Georg-Nord: Handarbeitsabend (7 Uhr) bei Frau Schneider, Glockengießerwall 23, III.